



**Interpellation der Alternativen Fraktion
betreffend Prämienexplosion bei den Krankenkassen
vom 6. Mai 2009**

Die Alternative Fraktion hat am 6. Mai 2009 folgende Interpellation eingereicht:

Jahr für Jahr steigen die Prämien für die Krankenkassen. Mal etwas mehr, mal etwas weniger. Für diesen Herbst rechnen alle Krankenkassen mit Prämien erhöhungen von 10 Prozent oder mehr. Dies, obwohl Gesundheitskosten jährlich um durchschnittlich „nur“ rund 5 Prozent ansteigen. Die Neue Zürcher Zeitung hat kürzlich in einem Kommentar nach dem so genannten Gesundheitsgipfel mit Bundesrat Pascal Couchepin von einer Prämienexplosion geschrieben. Eine der Ursachen: während Jahren haben Bundesrat Couchepin und die Verantwortlichen im Eidg. Departement des Inneren den Prämienanstieg tief gehalten, indem die Krankenkassen gezwungen wurden Reserven abzubauen.

Das und die alles andere als wirkungsvolle Kostensenkungspolitik des Bundes (hohe Medikamentenpreise als Beispiel) führen nun zur Prämienexplosion im Herbst. Nächstes Jahr werden die Krankenkassenprämien um 10 und mehr Prozent steigen. Diese Prämienexplosion wird in unserem Kanton viele Menschen, Ältere und Jüngere, besonders Familien mit kleinen und mittleren Einkommen vor riesige finanzielle Probleme stellen. Die Einkommenssituation der Bevölkerungsmehrheit im Kanton Zug wird sich anfangs nächsten Jahres dramatisch verschlechtern. Auch wegen der kritischen Wirtschaftslage, da es kaum Teuerungszulagen geben wird. Während von Steuersenkungen die höchsten Einkommen überproportional profitieren, trifft die Prämienexplosion bei den Krankenkassen alle gleichermassen.

Die Alternative Fraktion stellt daher folgende Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die anstehende Prämienexplosion für das Jahr 2010?
2. Wie stark belasten diese Erhöhungen Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen?
3. Ein Mittel zur Abfederung der Auswirkungen des voraussichtlichen Prämienanstieges sind Prämienverbilligungen. Wieviel Geld ist im Kanton Zug in den letzten Jahren, inklusive dem laufenden Jahr, für Prämienverbilligungen eingesetzt worden? Wer hat davon profitiert?
4. Ist der Regierungsrat bereit, im nächsten Jahr deutlich mehr Geld für Prämienverbilligungen einzusetzen?
5. Die Krankenkassenprämien dürfen für die unteren und mittleren Einkommen nicht zur Armutsfalle werden. Die Prämienverbilligung ist derzeit an gewisse Einkommens- und Vermögensgrenzen gebunden. Ist der Regierungsrat bereit, diese Grenzen nach oben anzupassen, und damit die Zahl der Bezugsberechtigten im mittleren Einkommensbereich zu erhöhen?
6. Was unternimmt der Regierungsrat speziell zur Entlastung der Familien mit mehreren Kindern und der älteren Generation, die bekanntlich die höchsten Prämien bezahlen?

7. Derzeit kämpfen die Krankenkassen und ihre Vertreter mit harten Bandagen um neue Kunden, sie umwerben ganz intensiv die „guten“ Risiken. Es gibt ansehnliche Provisionen, inklusive Wettbewerb mit grossen Preisen für die Verkäufer. Da jede Bewohnerin, jeder Bewohner dieses Landes krankenversichert sein muss, ist dies letztlich ein Nullsummenspiel zwischen den Krankenkassen. Wie beurteilt der Regierungsrat diesen Wettbewerb unter den Krankenkassen, der letztlich zur Lösung des Grundproblems nichts beiträgt?
8. Vereinzelt verdienen Chefs grosser Krankenkassen mehr als ein Bundesrat. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass Lohnexzesse auf Kosten der Allgemeinheit mit dem Grundsatz der sozialen Krankenversicherung nicht vereinbar sind? Ist er bereit in diesem Sinne bei den Krankenkassen und beim zuständigen Departement des Inneren in Bern vorstellig zu werden?

Die Alternative Fraktion dankt zum voraus für die schriftliche Beantwortung der Fragen.